

Der SPD-SED-Dialog als Blaupause?

Im August 1987 – also vor knapp 30 Jahren – präsentierten die Grundwertekommission der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED auf Pressekonferenzen in Bonn und Berlin ihr gemeinsames Grundsatzpapier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Diese Erklärung sorgte in Ost und West für lebhafte und kontroverse Diskussionen und Deutungen, die im Prinzip bis heute anhalten. Verwundern kann das kaum, denn mit diesem Unterfangen wurde Neuland beschritten und ein Experiment eingeleitet, dessen Ausgang zunächst offen schien (ausführlich dazu Rolf Reißig: Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED. Mit einem Nachwort von Erhard Eppler. Campus, Frankfurt/New York 2002).

Die politische Situation hat sich seitdem grundlegend verändert. Das Dialogpapier war ein Produkt des Ost-West-Systemkonflikts der 1980er Jahre und ist insofern Geschichte geworden. Aber der Abstand zum Geschehen hat einen erstaunlichen Effekt. Er macht deutlich, wie aktuell dieses Anliegen noch heute ist. Auch, weil dieser Dialog nur der Form nach ein deutsch-deutscher war (Gesprächsrunden von Akteuren aus beiden deutschen Staaten zwischen 1984 bis 1989), aber von seinem Gegenstand und Anliegen her zum ersten wirklich systemübergreifenden Dialog wurde. So kann es kaum überraschen, dass er nicht nur national, sondern auch international beachtliche Resonanz fand.

Im Grunde wurde in dieser Situation – ohne sich dessen zunächst so ganz bewusst zu sein – ein Modell des Dialogs und der Konfliktbearbeitung und -transformation entwickelt und praktiziert. Auch wenn es um den alles dominierenden Ost-West-Systemkonflikt ging, kann das damalige Geschehen als Vergleichs- und Anregungspotenzial für heutige Dialoge dienen. Auch im Umgang mit autoritären Machthabern und Regimen.

Das beginnt mit der damals wie heute erneut gestellten Frage: Sollte mit autoritären Machthabern bzw. Regimen überhaupt ein Dialog angestrebt werden? Die demokratisch verfasste SPD entschied sich auf Anraten Willy Brandts schließlich für einen solchen Dialog mit der autoritär strukturierten und handelnden Staatspartei SED. Und die Grundwertekommission der SPD machte nicht mehr die „kleinen“ (aber so wichtigen) Schritte der Deutschlandpolitik, sondern die großen ideologischen Streitfragen des Ost-West-Konflikts zum Gegenstand des Dialogs. Also genau jene Fragen, die in den anderen

Gesprächen und Kontakten bewusst ausgeklammert blieben: Frieden-Demokratie-Menschenrechte-gesellschaftlicher Wandel. Der Aufschrei war deshalb groß. „Nützliche Idioten“ und „Verrat an der westlichen Wertegemeinschaft“ lautete der Vorwurf der konservativen Kreise in der Bundesrepublik; „Sozialdemokratisierung der SED“ und „Aufweichung der DDR“ riefen die Hardliner in der DDR.

Warum aber ließ man sich auf ein solches Dialogexperiment ein? Das scheinbar Unmögliche war möglich und notwendig geworden. Die Zuspitzung menscheitsgefährdender Konflikte – das atomare Wettrüsten zwischen Ost und West, der Nord-Süd-Konflikt und der globale Umweltkonflikt – prägten die Situation jener Zeit. Die damit verbundenen Gefahren betrafen beide Seiten gleichermaßen, demokratische wie autoritäre Systeme. Das erforderte zu prüfen, ob und wie dies auf der jeweils anderen Seite wahrgenommen wird. Dabei ließ sich die SPD bei ihren Überlegungen für einen solchen Dialog wohl auch davon leiten, dass auf der anderen Seite in den gesellschaftlichen, aber auch in den systemischen Strukturen Menschen saßen, die in dieser oder jener Weise ebenfalls nach Auswegen aus dieser gefahrvollen Situation und nach neuen Alternativen suchen. Der Vorschlag für solche politisch-ideologischen Grundsatzgespräche kam zunächst aus Leipziger Intellektuellenkreisen und wurde in Gesprächen mit Erhard Eppler, dem Vorsitzenden der SPD-Grundwertekommission, unterbreitet.

Wie sich bereits in den ersten Gesprächen zeigen sollte, stimmten diese Wahrnehmungen der Situation und der damit einhergehenden Gefahrenpotenziale tatsächlich in vielem überein. Ein ernsthafter Dialog beginnt in aller Regel mit einem Gedankenaustausch darüber, wo die Konflikte und Gefahren liegen. Daraus folgt zu überlegen, ob es gemeinsame Interessen gibt, diese Konflikte zu bearbeiten, die Gefahren zu bannen und welche Wege und Schritte dafür erforderlich sind.

Was da im Dialogpapier aufgeschrieben wurde, dürfte auch heute noch für eine Politik des Dialogs und der Konfliktbearbeitung – gerade auch im Verhältnis zu autoritär geprägten Regimen – von Bedeutung sein. Im Papier von 1987 kreisten diese Überlegungen um drei Schlüsselbegriffe: gemeinsame Sicherheit, friedlicher Gesellschaftswettbewerb, neue politische Streitkultur. Frieden, so die zentrale Botschaft, ist nicht mehr gegeneinander durch Aufrüstung zu erzielen, sondern nur noch miteinander zu vereinbaren. Der potenzielle Gegner wird zum unentbehrlichen Partner der Friedenssicherung und bei der Bewältigung globaler und regionaler Konflikte und Herausforderungen. Wirkliche Sicherheit und friedliches Zusammenleben werden auf Dauer nicht ohne Entmilitarisierung des Denkens und die Entwicklung friedensfähiger Ideologien auf beiden Seiten möglich.

Die Existenz entgegengesetzter Gesellschaftsmodelle bleibt auch bei gemeinsamer Friedenssicherung eine Realität. Eine wechselseitige Akzeptanz der Friedens- und Reformfähigkeit ist eine Voraussetzung für den friedlichen Wettstreit. Dieser ist jedoch nicht mehr als Versuch gegenseitiger Destabilisierung, einseitiger Machtausdehnung und als Ringen um regionale bzw. internationale Hegemonie zu verstehen, sondern als Wettstreit um die Lösung der die Menschheit bedrängenden Probleme: Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz, Freiheit und Gleichheit. Die Menschen sollen deshalb anhand der praktischen Beispiele und des Vergleichs der verschiedenen Entwicklungspfade „Schiedsrichter“ sein. Und wie geht man mit den weiterbestehenden gegensätzlichen weltanschaulichen und ideologischen Auffassungen und Positionen zwischen demokratischen und autoritären Regimen um? Das Dialogpapier formulierte hierzu Regeln für eine neue Kultur des Dialogs und zivilisierten Streits. So zum Beispiel: Verhandlungen und Zusammenarbeit müssen zugleich eine offene und sachliche Kritik erlauben, gerade wenn es um Menschenrechte und Demokratie geht. Kritik, auch in scharfer Form, darf nicht als „Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten zurück gewiesen werden. Beide Gesellschaftssysteme gestehen sich Lern- und Entwicklungsfähigkeit zu. Dialog und Öffnung nach außen verlangen Dialog und Öffnung nach innen; Abbau der Feindbilder; Akzeptanz der Andersdenkenden; umfassende Informiertheit der Bürger; wissenschaftlicher und kultureller Austausch sowie Besuch und Gegenbesuch über alle Grenzen hinweg.

Bei allen Unterschieden zwischen der damaligen und heutigen Situation liegt hier in der Tat ein „Muster“ für heutige Dialoge, nicht zuletzt mit autoritären Regimen, vor. Für diesen Umgang ist besonders interessant, dass der damalige Dialog mit der autoritären Staatspartei der DDR eben zugleich als ein Appell an die Gesellschaft, an die Öffentlichkeit formuliert und praktiziert wurde. Und dass Dialog erstmals mit gesellschaftlichem Wandel verknüpft wurde. Vom „Wandel durch Annäherung“ (Egon Bahr) zum „Wandel durch Dialog“. Hierbei wurde „Wandel“ nicht als Aufruf zum Umsturz verstanden, aber auch nicht als Verfestigung des Status quo, sondern als offener Wettstreit unterschiedlicher Entwicklungs- und Gesellschaftsmodelle; als freiheitlich-demokratischer, sozialer und ökologischer Wandel. Dabei war dieser Wandlungsblick – natürlich mit unterschiedlichen Prioritäten – auf beide Seiten gerichtet. Das sollte auch heute für den Umgang mit autoritären Regimen gelten. Dialog, der vordergründig nur auf Wandel der anderen Seite setzt, die Augen vor den Konflikten und Herausforderungen im eigenen Land verschließt, oder Wandel gar nur als Adaption und Imitation des eigenen Modells propagiert, wirkt wenig überzeugend und

begünstigt bei den Adressaten eher Ablehnungs- und Abschottungstendenzen nicht nur Oben, sondern auch Unten.

Ein offener, fairer und gleichberechtigter Dialog hingegen kann durchaus zum Impulsgeber für gesellschaftliche Veränderungen gerade in autoritären Staaten werden. Dafür steht auch das Beispiel der damaligen DDR.

Kein anderes Dokument der Deutschlandpolitik erzeugte solche gesellschaftliche Turbulenzen wie das SPD-SED-Dialogpapier. Gerade auch in der Staatspartei selbst, konnte man sich nun bei den Forderungen nach „Öffnungen“ und „Reformen“ doch auf ein im *Neuen Deutschland* veröffentlichtes „Historisches Dokument“ berufen. Zusammen mit den neuen Glasnost- und Perestroika-Signalen aus Moskau bewirkte es bei vielen SED-Mitgliedern ein Gefühl der Erleichterung und der Hoffnung auf Veränderung. Ein breites Echo und fast ungeteilte Zustimmung fand das Papier in den Evangelischen Kirchen, stimmten doch viele ihrer Forderungen mit denen im SPD-SED-Papier überein. Und entgegen heutiger Deutungen fand es auch bei einer Mehrheit in den Bürgerrechtsgruppen erst einmal einen positiven Widerhall, nicht zuletzt als Berufungsinstanz für ihre kritischen Forderungen an die DDR-Machthaber. Das Papier wurde in der Gesellschaft alles in allem mehrheitsfähig. Wobei damals alle noch in dieser oder jener Weise auf eine Reform der DDR setzten.

Anders, als es die Annahmen der Totalitarismustheorie suggerierten, können eben auch in autoritären bzw. diktatorischen Systemen gesellschaftliche Reform- und Wandlungsprozesse von innen heraus entwickeln und eine nichtvorhersehbare gesellschaftliche Dynamik entfalten.

Die SED-Oberen, die dem Papier als „Friedensdokument“ und „Dialog nach außen“ (SPD, Bundesrepublik, Westen) zunächst ihre Zustimmung gegeben hatten, waren angesichts dieser für sie unerwarteten Entwicklung verunsichert. Dialog als Chance zur Reform wurde ausgeblendet. In die Defensive geraten sahen sie ihr Wahrheits- und damit Machtmonopol gefährdet und bliesen zum Gegenangriff. Noch einmal konnten sie ihre Vormachtstellung behaupten. Doch dieser Pyrrhussieg vertiefte ihre Glaubwürdigkeitskrise. Dialogakzeptanz nach außen, aber Dialogverweigerung und Abschottung nach innen verstärkten die Erosionstendenzen in der Staatspartei und in den systemischen Strukturen. Sicher auch das kein historischer Sonderfall SED/DDR.

Der demokratische Aufbruch in der Bevölkerung führte dann zum Umbruch im Herbst 1989. Statt Wandel *mit* der SED und Wandel *der* DDR – Sturz der Staatspartei und Ende der DDR. Die Frage – auch mit aktuellem Bezug – lautet daher: Sind Sinn und Anliegen eines solchen Dialogs mit autoritären Regimen am Ende nicht doch in Frage gestellt? Bei allen

Fehlannahmen der Dialogpartner über die Reformfähigkeit des autoritären Staatssozialismus hat die breit gefächerte Politik des Ost-West-Dialogs – anders als die Politik der Dialogverweigerung, der Abstandnahme und der Konfrontation – wesentlich zur Zivilisierung des epochalen Ost-West-Konflikts und zur friedlichen Öffnung der Ost-West-Strukturen beigetragen. Und dieser Dialog (um Abbau der Feindbilder, um Ost-West-Kooperationen, um Demokratie und Menschenrechte) und die damit ausgelösten kontroversen Diskussionen haben zugleich die politische Kultur in der DDR (stärker als in der Bundesrepublik) und auch in der SED-Mitgliedschaft verändert und damit das heterogene Reformpotenzial gestärkt. 1989 gab es dann neben der tragenden Bewegung gegen die Staatspartei auch eine Reformbewegung in ihr, was wesentlich zum friedlichen Verlauf des demokratischen Umbruchs beitrug.

Ein Gleichheitszeichen kann zwischen der damaligen und der heutigen Situation nicht gezogen werden. Erfahrungen und Lehren drängen sich jedoch auf. Dialog ist dort am nötigsten, wo er unmöglich scheint. Das gilt gerade auch für das Verhältnis gegenüber autoritären Machthabern und Regimen. Dialogverweigerung, Sanktionen und Isolationen helfen da am Ende nicht weiter. Erforderlich sind vielmehr – so kompliziert und langwierig dieser Weg auch sein mag – Schritte in Richtung eines breit gefächerten Beziehungskonzepts (wie es einst mit dem Konzept „Wandel durch Annäherung und Dialog“ erfolgreich praktiziert wurde). D. h. Suche nach direkten Gesprächen, nach neuen Formen des Dialogs und zivilisierten Streits, nach Abbau des Misstrauens und Aufbaus von gegenseitigem Vertrauen, nach Anreizen für Kooperationen und gemeinsame Sicherheitsstrukturen sowie nach Verständigungsprozessen, in denen trotz konträrer Ausgangslagen gemeinsam nach Lösungen gesucht werden kann. In dieser oder jener Art und Weise könnte dies heute bei der Gestaltung der Beziehungen z. B. gegenüber Russland wie China, gegenüber Iran wie Nordkorea, und auch gegenüber anderen autoritären Regimen Anwendung finden. Doch – und gerade das gilt es gegenwärtig zu bedenken – erfolgreich kann eine solche Politik des Dialogs und der Konflikttransformation mit autoritären Machthabern letztlich nur sein, wenn dieser Dialog auch auf gewaltfreien gesellschaftlichen Wandel (von innen) im Sinne der Förderung von Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft, Demokratie und Menschenrechte setzt. Dann kann Dialog mit autoritären Machthabern – wie auch die Erfahrungen der Ost- und Dialogpolitik der SPD zeigen – durchaus sinnvoll sein; und manchmal sogar nichtintendierte positive Folgewirkungen zeitigen, die über ursprüngliche Anliegen und Erwartungen hinausreichen.